Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Textanzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 61 | Sonntag, den 3. März 1935 | Jahrgang 1935

Wirtschaftliche Umschaltung.

Die neue italienische Einfuhrpolitik.

Von unserem römischen Korrespondenten.

▲ **Rom**, 1. März.

Der Italiener, der in diesen Tagen seine Zeitungen zur Hand nimmt, um sich in das Weltgetriebe einen flüchtigen Einblick zu verschaffen, sieht im hell und stark beleuchteten Vordergrund der Weltbühne die Momentbilder eines militärischen Aufbruchs: Heeresdivisionen und Milizbataillone, die sich mit Tropenhelm, Tornister und Gewehr im Hafen von Neapel oder in den sizilianischen Häfen in langer Reihe auf den Landungsbrücken der Ozeandampfer drängen; Ladekrane, die Munitionskisten, allerlei Kriegsgerät und geduldige Maultiere vom Kai in den Bauch der Schiffe befördern; riesige Menschenmengen am Ufer, deren Gesichter die Ungewißheit des Schicksals zeichnet. Das allgemeine Interesse folgt den Schiffen durch das Mittelmeer, den Suezkanal, das Rote Meer an die Ostküste Afrikas, in die Kolonien an der Grenze Abessiniens. Um dieselbe Zeit ist auf dem wirtschaftlichen Schauplatz des öffentlichen Lebens, mehr im Hintergrund und weniger beachtet, eine Entscheidung gefallen, die zunächst auf eine Neuregelung der italienischen Einfuhr abzielt, aber auch in dem größeren Zusammenhang der faschistischen Wirtschaftspolitik aufmerksame Beachtung verdient. Vielleicht hat sich hier eine Wendung vollzogen, die binnen kurzem das wirtschaftliche Bild Italiens weitgehend verändern kann.

Aufsteigende Binnenkonjunktur.

Wie sah das Bild bisher aus? Das Jahr 1934 hat deutlich erkennbare Erholungstendenzen gezeigt. Die konsequente Deflationspolitik bringt den Staatshaushalt in einen Zustand fortschreitender Sanierung. Die Landwirtschaft zwar leidet noch schwer unter dem Mißverhältnis der sinkenden Preise und der gleichbleibenden öffentlichen Lasten; die zunehmende Verengung der ausländischen Absatzmärkte kommt hinzu. Indessen hat die planmäßige Senkung aller anderen Kostenfaktoren mit Einschluß der Hypothekenzinsen auch der Landwirtschaft gewisse Erleichterungen gebracht. In dem industriellen Sektor hat die Kostenersparnis und die Verbilligung des Kredits neben einer ganzen Reihe von Sonderursachen zu einer ausgesprochenen Binnenkonjunktur geführt, deren Belebungstendenzen so stark waren, daß sie auch die Hemmungen überwinden konnten, die — gleichfalls im Zuge der Deflation — aus der Verminderung der Kaufkraft entstehen mußten. Der durchschnittliche Produktionsindex für 1934 lag demgemäß mit 87,33 um 8,5 Punkte über dem Vorjahr (wobei der Stand von 1928 mit 100 angesetzt ist). Die Arbeitslosenziffer liegt unter der Millionengrenze. Nach der letzten Veröffentlichung sind durch die Einführung der Vierzigstundenwoche mit dem Ziele der Arbeitsstreckung rund 200 000 Menschen in den Produktionsprozeß eingegliedert worden. Also im Ganzen eine recht günstige, allerdings auf den Binnenmarkt beschränkte Entwicklung.

Der wunde Punkt — der Außenhandel.

Sehr viel ungünstiger war schon seit Jahren, aber im letzten Jahre mit zunehmender Verschlechterung, die Bewegung des Außenhandels. Die italienische Handelsbilanz hat sich im Jahre 1934 gegenüber dem Vorjahr, das auch schon mit einem Passivsaldo abschloß, um den Betrag von fast einer Milliarde Lire verschlechtert. Der Rückgang der Ausfuhr war an diesem Ergebnis ungleich stärker beteiligt als die (durch die Binnenkonjunktur bedingte) Vermehrung der Einfuhr. Gleichzeitig hat der Rückgang der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und die starke Verminderung der Geldsendungen der Auswanderer scharf die beiden Aktivposten angegriffen, die früher den Ausgleich für die Zahlungsbilanz herstellten. Die Notenbank hat das so entstandene Defizit nur mit einer Hergabe von Gold und Devisen ausgleichen können. Tatsächlich sind die Gold- und Devisenbestände der Banca d'Italia im Laufe des letzten Jahres um etwa anderthalb Milliarden Lire abgeschmolzen. Da sich außerdem unter dem Auftrieb der Binnenkonjunktur der Notenumlauf vermehrte, verengte sich automatisch der Operationsraum für die Bemühungen um die Stabilität der Lira. Gegen Ende des vorigen Jahres stand das Verhältnis zwischen den Deckungsbeständen der Notenbank und dem Gesamtbetrag der umlaufenden Banknoten nur noch ganz knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Grenze von vierzig Prozent. Das war ein kritischer Moment.

Die Verteidigung.

Die italienische Regierung hat nicht gezögert, den Gefahren, die auf diese Weise heraufzogen, drastisch entgegenzuwirken. Schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurden die Abwehrmaßnahmen eingeleitet. Zunächst wurde der Diskontsatz der Notenbank erhöht. Das Ziel war deutlich: Verteuerung des Kredits, infolgedessen Verknappung des Notenumlaufs, infolgedessen Verbesserung des Deckungsverhältnisses. Der zweite Schritt sollte die Uebersicht und Kontrolle des Staates über den Devisenverkehr verbessern. Die Devisengesetzgebung wurde verschärft, die Bewirtschaftung der ausländischen Zahlungsmittel straff zentralisiert. Beide Maßnahmen hatten insofern Erfolg, als es zunächst gelang, den Gold- und Devisenabfluß bei der Notenbank zum Stillstand zu bringen und den Notenumlauf wenigstens nicht weiter auszudehnen. Aber die eigentliche Defizitquelle floß weiter. Auch im ersten Monat des neuen Jahres erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr der Passivsaldo der Handelsbilanz. In dieser Situation gab es zwei Auswege: Steigerung der Ausfuhr oder Verminderung der Einfuhr. Der erste Weg wird nicht grundsätzlich verlassen. Aber die Regierung ist mit Recht überzeugt, daß hier nur auf lange Sicht, etwa im Zusammenhang mit einer günstigen außenpolitischen Entwicklung, entscheidende Verbesserungen erzielt werden können. Sie hat sich deshalb entschlossen, den zweiten Weg zu beschreiten und an der Einfuhrseite der Handelsbilanz einen radikalen Eingriff vorzunehmen. Vom 1. April ab bedürfen alle Einfuhren der staatlichen Genehmigung, und die Genehmigung soll nur in einem Umfang von 10 bis 35 Prozent der Einfuhr des Vorjahres erteilt werden. In Wirklichkeit aber wird die Einfuhr nicht in dem scharfen Ausmaß gedrosselt, das die genannten Ziffern anzeigen. Bei ausreichendem Devisenbestand nämlich kann eine zusätzliche Einfuhr bewilligt werden, und außerdem können zusätzliche Einfuhren ohne weiteres genehmigt werden, wenn sie auf dem Wege des (auch aus der deutschen Praxis bekannten) Kompensationsgeschäftes mit zusätzlicher Ausfuhr bezahlt werden.

Die Tendenz.

Auf welcher Grenze sich also künftig die italienische Einfuhr einspielen wird, kann nur die Praxis zeigen. Aber die Tendenz ist unverkennbar. Es geht nicht nur darum, die Einfuhr zu drosseln. Die eigentliche Absicht zielt weiter und trifft sich dabei mit Bestrebungen, die schon seit längerer Zeit erkennbar sind. In diesem Sinne ist die Neuregelung der Einfuhr ein handelspolitisches Instrument, dessen sich die italienische Regierung bedienen wird, um ihre Position im Außenhandel zu verbessern. Da Italien als ein rohstoffarmes Land seine Einfuhr nicht in beliebigem Maße herabsetzen kann, ohne den Binnenmarkt aus dem Gleichgewicht zu bringen, wird es versuchen, die Einfuhr in der Weise umzuschalten, daß künftig die Länder bevorzugt werden, die ihrerseits italienische Ausfuhr aufnehmen. Die Tendenz läuft also darauf hinaus, Einfuhr und Ausfuhr in einen neuen Zusammenhang zu bringen. Nicht zufällig ist gerade dieser Tage das bisherige halbstaatliche Exportinstitut in ein Außenhandelsinstitut umgewandelt worden. Es wird künftig neben den Fragen der Ausfuhr auch die Fragen der Einfuhr zu bearbeiten haben. Das bestätigt die allgemeine Umschaltung.

Ueber den Erfolg läßt sich heute noch nichts sagen. Die Umstellung wird zweifellos Störungen bringen, so wie auch die Diskonterhöhung zwar ihren Zweck, die Zusammenpressung des Notenumlaufs, erreicht aber daneben natürlich die konjunkturelle Bewegung des Binnenmarkts durchkreuzt und gelähmt hat. Erst wenn sich ein neues Gleichgewicht eingespielt hat, wird man die Vorteile und die Nachteile der neuen Regelung gerecht gegeneinander abwägen können.

Lloyd George rückt in Front.

Von MacDonald um Vorlage seines „New Deal" gebeten.

£ **London**, 2. März.

Das innerpolitische Ereignis des Tages ist die briefliche Einladung des Ministerpräsidenten MacDonald an Lloyd George, der englischen Regierung genaue Berechnungen über seine „New Deal"-Pläne zur Arbeitsbeschaffung und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in England vorzulegen. In einem längeren Schreiben an Lloyd George gibt MacDonald die Versicherung ab, daß der Plan Lloyd Georges vom Kabinett einer sofortigen Prüfung unterzogen werden würde.

Lloyd George teilte dem Ministerpräsidenten nach Erhalt des Briefes fernmündlich mit, daß er dem Wunsch der Regierung mit Vergnügen nachkommen werde. Er wird wahrscheinlich während des Wochenendes oder zu Beginn der nächsten Woche auf den Wunsch der Regierung ausführlich eingehen.

In politischen Kreisen wird bereits von der Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft zwischen MacDonald und Lloyd George im Zusammenhang mit der Prüfung des „New Deal" gesprochen. Die Vermutungen über eine Zuziehung Lloyd Georges zum englischen Kabinett haben dadurch neue Nahrung erhalten.

„Von der Regierungszeit des Völkerbundes nichts übrig geblieben."

Starker Eindruck der Befreiungsfeiern in Frankreich.

DNB **Paris**, 2. März.

Die Pariser Morgenpresse veröffentlicht spaltenlange Berichte über die Feiern im Saargebiet, in denen die unbeschreibliche Begeisterung und Freude der Bevölkerung unterstrichen wird, die ihren Höhepunkt erreicht hätten, als der Führer persönlich in Saarbrücken eintraf und das Wort ergriff.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris" schreibt u. a., der Franzose, der am Freitag Zeuge der Kundgebungen gewesen sei, könne nur in aller Unparteilichkeit die Begeisterung der Bevölkerung anläßlich der Rückgliederung der Saar an das Dritte Reich feststellen. Der Aufmarsch der SA, SS und der anderen nationalsozialistischen Formationen habe einen eindrucksvollen Anblick geboten. Er habe vor dem Kriege vielen großen Truppenparaden der kaiserlichen Armee beigewohnt, aber noch nie habe er solche Begeisterung erlebt, wie am Freitag in Saarbrücken. Man möge es „Massenwahn" oder „Mystik" nennen, man müsse aber dabei gewesen sein um sich eine Vorstellung machen zu können. Frankreich könne aus dem 1. März verschiedene Lehren ziehen. Von der 15jährigen Regierungszeit des Völkerbundes sei nichts übrig geblieben.

Auch der Sonderberichterstatter des „Petit Journal" muß feststellen, daß man sich französischerseits eine solche Begeisterung wohl nicht hätte träumen lassen.

Das Saar-Echo in der englischen Presse.

DNB **London**, 2. März.

„Niemals hat man solche Szenen von fieberhafter Begeisterung gesehen, wie sie die unerwartete Ankunft des Reichskanzlers Hitler in Saarbrücken hervorrief." Mit solchen und ähnlichen Worten leiten die englischen Morgenblätter ihre spaltenlangen Meldungen über die endgültige Rückkehr der Saar zu Deutschland ein. Alle Zeitungen veröffentlichen drahtlos übermittelte Bilder von dem Feiertag des Saargebietes und dem triumphalen Einzug des Führers.

„Daily Telegraph" meldet: „Deutsche! Dieses einzige Wort Hitlers rief einen Sturm der Begeisterung hervor. Frauen weinten vor Freude, kleine Kinder rannten, um ihren Führer zu sehen. Die Hörer am Rundfunk betrachteten die Rede Hitlers als mehr als eine bloße Siegeskundgebung. Sie entdeckten in ihr eine neue Geste der Freundschaft gegenüber Frankreich." Die Erklärung Hitlers, daß sich Deutschland und Frankreich die Hände reichen sollten, um alle Hindernisse, die dem Frieden im Wege stehen, zu beseitigen, wird von der Presse besonders hervorgehoben und in Schlagzeilen mitgeteilt. Auch die Worte Hitlers über die Einheit des Deutschen Reiches und Volkes und seine Worte „Blut ist stärker als alle papiernen Dokumente" finden große Beachtung.

Des Führers Fahrt durch das Saarland.



Scherl.

Des Führers Fahrt durch die festlich geschmückten Städte und Dörfer des treuen Saarlandes gestaltete sich zu einem Triumphzug. Unser Photograph machte diese Aufnahme vom Führer, als er stehend in seinem Wagen durch das mit Flaggen und Girlanden reich geschmückte St. Ingbert, nahe bei Saarbrücken, fuhr.

Der Tod des Bischofs von Berlin.

○ **Berlin**, 2. März.

Zu dem unerwartet gekommenen Ableben des Bischofs Dr. Nikolaus Bares erfahren wir, daß er vor einigen Tagen an einem schweren inneren Leiden erkrankte. Als sich am Freitag sein Zustand erheblich verschlimmerte, ließ er sich ins St. Hedwigskrankenhaus bringen. Der Tod ist auf innere Verblutung durch Thrombose zurückzuführen.

Der Regierungspräsident des Saargebietes.

DNB **Saarbrücken**, 2. März

Der Reichsinnenminister hat auf Vorschlag des Saarbevollmächtigten Gauleiter Bürckel den hessischen Staatsminister Jung zum Regierungspräsidenten des Saargebietes mit dem Sitz in Saarbrücken ernannt.

Reichsstatthalter Sprenger übernimmt die Führung der hessischen Regierung.

DNB **Darmstadt**, 2. März.

Das Staatspresseamt teilt mit: „Der Reichsstatthalter in Hessen übernimmt ab 1. März 1935 die hessische Landesregierung. Der Führer und Reichskanzler hat unter dem 28. Februar 1935 an Reichsstatthalter Sprenger verfügt: „Auf Grund des § 4 des Reichsstatthaltergesetzes vom 30. Januar 1935 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 65) beauftrage ich Sie, nachdem ich unter dem heutigen Tage den bisherigen Staatsminister Jung aus seinem Amt entlassen habe, mit der Führung der Landesregierung in Hessen."

*

Regierungspräsident Philipp Wilhelm Jung ist der erste Reichsregierungspräsident. Er wird sein Amt am Montag antreten. Jung war der einzige Staatsminister des Freistaates Hessen, da dort die Zahl der Minister auf einen verringert wurde. Er wurde am 16. September 1884 in Niederflörsheim bei Worms als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Worms studierte er in Heidelberg, München und Gießen Rechtswissenschaft. 1912 ließ er sich als Rechtsanwalt in Worms nieder. Nach dem Kriege, den er zuletzt als Batterieführer

im Landwehrfeldartillerieregiment 13 mitmachte, trat er während der Besatzungszeit im Kampfe gegen die Separatisten hervor. Der nationalsozialistischen Bewegung hat Jung seit einer ganzen Reihe von Jahren treue Dienste geleistet. Am Aufbau der Partei in Hessen war er führend beteiligt. Auch als Verteidiger von Nationalsozialisten hat er sich in zahlreichen Prozessen zur Verfügung gestellt. Im März 1933 wurde er Staatskommissar der Stadt Mainz, im Mai Staatssekretär im hessischen Staatsministerium, um dann im September 1933 zum hessischen Staatsminister ernannt zu werden. Unter seiner Leitung ist die hessische Verwaltung reorganisiert und den Erfordernissen der Zeit angepaßt und das Finanzwesen wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt worden.

Reichstagsmitglieder der Saar.

DNB **Berlin**, 2. März.

Der Führer und Reichskanzler ernannte anläßlich der Feier der Saarheimkehr folgende Vorkämpfer der Deutschen Front im Saarland, die sich im Saarkampf besonders ausgezeichnet haben, zu Mitgliedern des Reichstages: Nietmann, Dürrfeld, Welter, Eichner, Weber, Schubert, Schaub und Kiefer. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Reichsminister Frick, übergab ihnen gestern nachmittag die vom Führer unterzeichneten Bestallungsurkunden.

Bankett in Saarbrücken zu Ehren des Dreierausschusses.

DNB **Saarbrücken**, 2. März.

Reichsinnenminister Dr. Frick gab Freitag abend zu Ehren der Mitglieder des Saar-Dreierausschusses des Völkerbundes, Baron Aloisi, Botschafter Cantilo und Gesandten Lopez Olivan, auf Schloß Halberg ein großes Bankett. Der Einladung des Reichsministers waren u. a. neben den Mitgliedern des Dreierausschusses und den sie begleitenden Herren gefolgt Ministerpräsident Siebert, Reichsarbeitsführer Hierl, Gesandter von Papen, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, der hessische Minister Jung, die Staatssekretäre Lammers, Grauert und Landfried, General Daluege, Staatsrat Neumann in Vertretung des preußischen Ministerpräsidenten, Ministerialdirektor Buttmann, die Mitglieder der Regierungskommission von Ehrenrooth und Koßmann, der Präsident des Obersten Abstimmungsgerichtshofes Galli, der italienische Konsul Cuturi, der norwegische Kreisinspektor der Abstimmungskommission Bleer, die Mitglieder des Führerrats der Deutschen Front sowie Herren des Auswärtigen Amtes, darunter die Geheimräte Voigt und Aschmann, der deutsche Konsul in Genf Krauel sowie zahlreiche weitere Persönlichkeiten.

Während der Tafel spielte eine Musikkapelle des Luftsportverbandes. Nach dem Essen sah man die ausländischen Gäste in längeren angeregten Unterhaltungen mit den Vertretern des deutschen Reiches. Besonders die Mitglieder des Dreierausschusses wurden von ihrem Gastgeber, Reichsminister Dr. Frick, in längere Gespräche gezogen. Auch nachdem Dr. Frick sich verabschieden mußte, um rechtzeitig den Sonderzug zu erreichen, blieben die Gäste noch lange Zeit zusammen. Ausländische und deutsche Herren des politischen Lebens nahmen die zwanglose Gelegenheit wahr, sich über gegenseitig interessierende Fragen zu unterhalten.

Rundfahrt des Stellvertreters durch das Saargebiet.

DNB **Saarbrücken**, 2. März.

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, unternahm heute vormittag eine Fahrt durch das Saargebiet, die um 9,30 Uhr in Saarbrücken begann. Nach seiner Rückkehr von dieser Fahrt wird er den Vorbeimarsch des von der Bevölkerung Saarbrückens veranstalteten Fackelzuges abnehmen, der um 19 Uhr beginnt. Anschließend findet dann das große Feuerwerk statt, das wegen des Regens am Freitag abgesagt werden mußte.

Die Erklärungspflicht bei der Vermögensteuer.

Wie für alle andern Steuern, so ist auch für die Besteuerung des Vermögens jeder zur Abgabe der Erklärung verpflichtet, der vom Finanzamt hierzu aufgefordert wird. Die Uebersendung des Erklärungsvordrucks ist gleichbedeutend mit der Aufforderung zur Abgabe der Erklärung. Auch wer eine solche Aufforderung nicht erhalten hat, ist verpflichtet, die Erklärung innerhalb der dafür allgemein vorgesehenen Frist (diesmal bis 15. März) einzureichen, wenn das Vermögen gewisse Freigrenzen überschreitet und zwar: bei Ledigen, wenn ihr Gesamtvermögen mehr als 10 000 Mark, bei Verheirateten oder Verwitweten, wenn es mehr als 20 000 Mark beträgt. Das Vermögen der Ehefrau sowie der minderjährigen Kinder ist dabei mit zu berücksichtigen, der Freibetrag jedoch außer Betracht zu lassen. Den Fall also angenommen, daß ein Steuerpflichtiger selbst 10 000 Mark Vermögen besitzt, seine Ehefrau 8000, und jedes seiner drei minderjährigen Kinder 5000 Mark, so hat er, obschon er vermögensteuerfrei veranlagt werden muß, eine Steuererklärung abzugeben und zwar über den nach vorstehender Aufzählung sich ergebenden Gesamtbruttobetrag von 33 000 Mark. Die Berücksichtigung der Freibeträge ist Sache der Veranlagungsbehörde. Da es sich um 5 mit je 10 000 Mark, also mit zusammen 50 000 Mark zu berücksichtigende Personen handelt, erfolgt steuerfreie Veranlagung.

Aehnlich wie im vorstehenden Beispiel liegt der Fall der Altersprivilegierten und Erwerbsunfähigen. Bei ihnen bleiben für den Steuerpflichtigen selbst weitere 10 000, insgesamt also 20 000 Mark vermögensteuerfrei, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder voraussichtlich für mindestens drei Jahre erwerbsunfähig ist (arbeitsunfähig oder ohne Aussicht auf Verdienst) und das letzte (1934 erzielte) Jahreseinkommen nicht mehr als 3000 Mark betragen hat. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so tritt die Vergünstigung nicht ein. Die Zuerkennung der Vergünstigung ist auch hier Sache der Veranlagungsbehörde und nicht Sache des Steuerpflichtigen. Wer also im übrigen erklärungspflichtig ist, muß die Erklärung einreichen, auch wenn er keine Aufforderung erhalten hat. Ein über 60 Jahre alter Lediger mit beispielsweise 20 000 Mark Vermögen und 1934 nicht über 3000 Mark Einkommen ist also erklärungspflichtig, obwohl er vermögensteuerfrei bleiben muß. Zur Abgabe der Erklärung, auch in Fällen wie den hier genannten ist um so dringender zu raten, weil nach der neueren Rechtsprechung auch schon in der Nichtabgabe einer nach dem Gesetz vorgeschriebenen Steuererklärung der unter Strafe gestellte Versuch einer Steuerhinterziehung erblickt werden kann.

Gil Robles in Oviedo.

„Näher an der Machtübernahme, als manche glauben."

Von unserm Madrider Berichterstatter.

Kt Madrid, Ende Februar.

Im Mittelpunkt der marxistischen Revolution, die blutig sich abspielte und blutig niedergeworfen wurde, war bekanntlich das asturische Oviedo, wo Sozialisten, Syndikalisten und Kommunisten vereint am längsten durchhielten. Wochenlang flackerten dort immer noch die Flammen des Aufruhrs auf. Jetzt hat der Führer der Volksaktion, Gil Robles, diesen Herd der marxistischen Revolution aufgesucht. Die Marxisten sind noch nicht ganz niedergeworfen. Sie streuten Flugblätter unter die Arbeiterschaft, damit sie Gil Robles „verjagen" solle, und weitere Hetzschriften forderten sogar dazu auf, ihn „kaltzumachen". Gil Robles ließ sich nicht abschrecken. Er hielt in Oviedo eine große politische Rede, deren Folgen sich schon in allernächster Zeit zeigen werden.

Der Führer der Volksaktion kam in dieser Rede auf den früheren Ministerpräsidenten Azana zu sprechen, der immer den Marxismus begünstigt habe und ihm auch die Bewaffnung seiner Anhänger gestattete. Das Blutvergießen zur Wiederherstellung der Ordnung sei unheimlich groß gewesen, weil die Regierung Azana sich vor den Marxisten duckte und auf jede Autorität verzichtete. „Wenn die jetzige Regierung sich im entscheidenden Augenblick schwach zeigen wird, folgt meine Partei ihr auf diesem Wege nicht. Wir können nicht mehr dulden, daß eine Propaganda fortdauert, die an den Fundamenten des Staates rüttelt." Gil Robles forderte seine Anhänger auf, „bereit zu sein", und er rief aus, „der Augenblick nähert sich, an dem ein neues Spanien ersteht".

Die Ortsgruppe der Volksaktion in Oviedo hat sich in den beiden letzten Monaten nahezu verdoppelt. Die Aufnahmebedingungen sind sehr streng, weil jedes Mitglied mindestens von acht erprobten Kämpfern der Volksaktion befürwortet werden muß.

Im Anschluß an den Besuch in Oviedo begab sich Gil Robles nach Gijon, das auch immer eine Zitadelle der Marxisten gewesen ist. Dort wurde das neue Gebäude der Volksaktion eingeweiht. Es fiel dabei das Wort, daß „die Rechte näher an der Machtübernahme ist, als manche glauben". Die jetzige Zusammenarbeit mit anderen Parteien sei nur die Ermöglichung eines reibungslosen Ueberganges der Macht an die Volksaktion. Sie stelle die größte geschlossene Volksmasse dar, die fortwährend anschwelle, ohne ein Jota von ihren Idealen aufzugeben. Es könne niemand in Spanien und außerhalb Spaniens sagen, daß die Volksaktion zur Knechtschaft führe. Die Freiheit sei aber in erster Linie für die politische Richtung, die nur werbe und nicht zwinge, die soziale Gerechtigkeit aus höheren Motiven verkünde und jedem Terror durch Anwendung der staatlichen Machtmittel zu begegnen wisse.

Befestigung der Balearen.

DNB **Madrid**, 2. März.

Der Vorschlag des Marineministeriums, auf den Balearen Befestigungsarbeiten auszuführen, ist vom Ministerrat genehmigt worden. Die spanische Regierung betrachtet die Vorzugsbehandlung des Planes zur Verteidigung der Balearen wegen der zentralen Lage dieser Inselgruppe als dringend notwendig. Vor allen Dingen sollen die Balearen auch zu einem starken Stützpunkt für die spanischen Luftstreitkräfte ausgebaut werden. Die Kosten werden auf 447 Millionen Peseten veranschlagt.



Scherl

Der kommende König von Siam?

Das siamesische Parlament hat die von König Pradhjadipok vorgebrachten Gründe zur Niederlegung der Krone nicht gebilligt. Man nimmt an, daß der König trotzdem die Königswürde niederlegen wird. Der künftige König auf Siams Thron soll ein Neffe König Pradhjadipoks, Prinz Ananda, werden, der sich noch im jugendlichen Alter befindet und gegenwärtig in der Schweiz aufhält.

Kunstgewerbe, etwas rückdatiert.

Krisenfeste Industrie der Fälschungen und Antiquitäten.

(!) **Paris**, 2. März.

Vor kurzem fand in Fontainebleau ein großer Prozeß gegen die Hersteller gefälschter Millets statt. So sensationell der Prozeß durch die speziellen Zusammenhänge war, so interessant waren auch die Dinge, die ganz allgemein über die internationale Fälschungsindustrie zur Sprache kamen. Einer der Sachverständigen erklärte, daß schon seit 45 Jahren gefälschte Millets in großer Zahl im Umlauf seien, daß überhaupt die Antiquitäten- und Fälschungsindustrie einer der einträglichsten Gewerbszweige unserer Zeit sei.

Dieser Sachverständige, der als Antiquitätenhändler täglich mit Fälschungen aller Art in Berührung kommt, wußte recht bemerkenswerte Aufschlüsse über die Organisation und Verbreitung der Fälschungsindustrie zu geben. Paris, Amsterdam, Brüssel, Florenz und Neapel sind die größten europäischen Fälschungszentren, um von den „Produktionsstätten" des Fernen Ostens, die gefälschte Kunstwerke aller Art in phantastischen Mengen herstellen, gar nicht zu reden.

Die nun schon jahrtausendealte Tradition der Kunst- und Antiquitätenfälschung bringt es mit sich, daß auch heute noch in vielen Museen und Schlössern Kunstwerke stehen und von Tausenden bewundert werden, deren Echtheit keineswegs zweifelsfrei feststeht. Es gibt auch in der Kunstfälschung „Qualitätsarbeit", die auch für den Kenner kaum mehr von dem echten Kunstwerk zu unterscheiden ist. So blüht in Paris die Zunft der Antiquitätenschreiner, deren Mitglieder es meisterhaft verstehen, Möbel in jedem beliebigen Stil und aus jedem gewünschten Jahrhundert täuschend „alt" herzustellen. Aus ihren Werkstätten gehen Kommoden, Sessel, Vitrinen, Prunkbetten hervor, die auf Grund erster Expertisen als Erzeugnis der Zeit des Directoire oder Empire, Ludwigs XIV., oder der Renaissancezeit zu hohen Preisen verkauft werden.

Fast jede größere Stadt hat ihre Spezialität. Aus Reims kommen romanische und gotische Skulpturen, aus Passy florentinische Broncen, aus Lyon Truhen im Stil der Renaissancezeit. Die Arbeiten dieser Spezialwerkstätten sind so hervorragend ausgeführt, daß sie in ersten Kunsthandlungen zu glänzenden Preisen verkauft werden. Die Kunstfälschungsindustrie hat deshalb zu allen Zeiten eine Krisenfestigkeit bewiesen, derer sich höchstens noch die internationale Rüstungsindustrie erfreuen kann. Die hervorragendsten Kunstsammler und Kunstkenner aller Zeiten haben ihren Tribut ebenso entrichten müssen wie die Kunstnobs, die ein Kunstwerk lediglich nach der Zahl der Gutachten beurteilen.

Der Skandal um Millets Enkel.

Wegen Bilderfälschung verurteilt.

DNB **Paris**, 28. Februar.

Das Pariser Strafgericht hat am Mittwoch das Urteil in dem Bilderfälscherprozeß Millet-Cazot gefällt. Millet, ein Enkel des berühmten französischen Malers gleichen Namens, und sein Helfershelfer Cazot wurden zu je sechs Monaten Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurteilt. Die geschiedene Frau Cazots erhielt wegen Beihilfe zum Betruge einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist. Den geschädigten Nebenklägern wurden 120 000 Franken Schadenersatz zugesprochen.

Abbau von Lehrerinnenbildungsanstalten in Bayern.

— **München**, 1. März.

Auf Grund der Verordnung über die Neuordnung der Lehrerbildung in Bayern vom 14. Februar 1935 wird in einer Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bezüglich der Errichtung nichtstaatlicher deutscher Aufbauschulen u. a. bestimmt: In Bayern werden vom Beginn des Schuljahres 1935-36 an nur folgende vier nichtstaatliche deutsche Aufbauschulen zugelassen werden: die private deutsche Aufbauschule der Armen Schulschwestern in München, die private deutsche Aufbauschule der Englischen Fräulein in Eichstätt, die private deutsche Aufbauschule der Franziskanerinnen in Augsburg-Göggingen und die private deutsche Aufbauschule der Armen Schulschwestern in Speyer. Diese klösterlichen deutschen Aufbauschulen sechsklassige höhere Lehranstalten, jedoch lediglich zur Ausbildung klösterlicher Volksschullehrerinnen bestimmt.

Die privaten Lehrerinnenbildungsanstalten der Franziskanerinnen in Ingolstadt, der Englischen Fräulein in Freudenhain, der Ursulinen in Landshut, der Zisterzienserinnen in Landshut, der Ursulinen in Straubing, der Dominikanerinnen in Speyer, der Englischen Fräulein in Bamberg, der Diakonissenanstalt in Neuendettelsau, der Englischen Fräulein in Augsburg, der Franziskanerinnen in Dillingen, der Franziskanerinnen in Kaufbeuren, der St. Josefs-Kongregation in Ursberg und der Dominikanerinnen in Wettenhausen dürfen vom Schuljahr 1935-36 an in die erste Klasse keine Schülerinnen mehr aufnehmen. Mit Ablauf des Schuljahres 1936-37 hören an diesen Anstalten sowohl die nach der bisherigen Lehrordnung für Lehrerinnenbildungsanstalten hinausgeführten Klassen wie die übergangsweise zugelassenen Klassen einer privaten deutschen Aufbauschule zu bestehen auf.

Uneingeschränktes Versammlungsverbot in Ungarn.

:: **Budapest**, 2. März.

Die Regierung hat unerwartet durch Regierungsverordnung ein uneingeschränktes und unbefristetes Versammlungsverbot für das ganze Land erlassen. Versuche der Zuwiderhandlung werden mit Gewalt verhindert. Die Regierung stellt damit den Zustand wieder her, der vor dem Regierungsantritt des Ministerpräsidenten Gömbös zur Zeit der großen Finanzkrise der Regierung Julius Karolin von 1931 bestand. In einer halboffiziellen Mitteilung wird dies damit begründet, daß die Regierung im Hinblick auf das dringendste Interesse an der Aufrechterhaltung der politischen Ruhe und der Wahrung des sozialen Friedens, sowie angesichts der außenpolitischen Lage ein uneingeschränktes Versammlungsverbot für notwendig erachte. Die Regierung sei überzeugt, daß diese Maßnahme von allen denjenigen mit Befriedigung aufgenommen werde, die die nationale Aufbauarbeit der Verschärfung des Parteihaders vorzögen. Der Schritt hat in allen Bevölkerungskreisen Aufsehen erregt, da ein unmittelbarer Anlaß zu einer derartig einschneidenden Maßnahme zunächst nicht vorlag. In politischen Kreisen wird angenommen, daß das Versammlungsverbot der Regierung auf bestimmte Befürchtungen zurückzuführen ist, die in Zusammenhang mit der kürzlich ins Leben gerufenen Massenbewegung der Reformgeneration und dem Konflikt zwischen der Führung der Regierungsparteien und der Kleinlandwirte-Partei (Tiber von Eckhardt) stehen.

Vor großen englischen Flottenmanövern.

DNB **London**, 2. März.

In der Zeit zwischen dem 7. und 15. März veranstaltet die englische Flotte im Mittelatlantik zwischen den Azoren und Spanien große Manöver, an denen zum ersten Mal seit dem Kriege 45 Schiffe der englischen Handelsmarine teilnehmen werden. Der Zweck der Manöver ist die Prüfung der Maßnahmen, die im Kriegsfalle zur Sicherung des englischen Ueberseehandels ergriffen werden sollen. Alle Passagier- und Handelsdampfer, die sich während der Manöverzeit in der „Kriegszone" befinden, sind drahtlos aufgefordert worden, sich „ohne Beeinträchtigung ihres normalen Kurses" entweder an die „blaue" oder die „rote" Partei zu wenden und alle Beobachtungen über die Bewegungen der „feindlichen" Kriegsschiffe an die „befreundeten" Kriegsschiffe weiterzugeben.

Von Seiten der Kriegsmarine nehmen neun Linienschiffe, ein Schlachtkreuzer, drei Flugzeugmutterschiffe, 13 Kreuzer, 43 Zerstörer, neun Unterseeboote und 116 Flugzeuge an den Manövern teil.

Immer wieder politische Morde in Sowjetrußland.

DNB **Moskau**, 2. März.

Amtlich wird mitgeteilt, daß in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März in der Nähe von Noworossisk der Kommunist Truchschumow ermordet wurde. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß Truchschumow von ehemaligen reichen Bauern getötet wurde. Die Beweggründe sollen rein politische sein. Der oberste Staatsanwalt hat telegraphisch angeordnet, daß die Untersuchung gegen die Verhafteten in zehn Tagen abgeschlossen werden soll, damit die Aburteilung sofort erfolgen kann.

Im Februar 1935 wurden nach den bisherigen Mitteilungen 18 politische Morde festgestellt.

Kemal Atatürk einstimmig wiedergewählt.

DNB **Ankara**, 2. März.

Kemal Atatürk wurde am Freitag erneut zum Präsidenten der Republik gewählt. Die Wahl wurde von der Nationalversammlung vorgenommen. Sämtliche 386 Abgeordnete gaben ihre Stimme für Kemal ab.

Nach der Wiederwahl Kemals trat das Gesamtkabinett zurück. Der bisherige Ministerpräsident Ismet Inönü wurde mit der Neubildung beauftragt und legte dem Präsidenten die neue Ministerliste, die mit Ausnahme des Kriegsministers aus den alten Kabinettsmitgliedern besteht, vor.

Am Vorabend der Leipziger Frühjahrsmesse.

DNB **Leipzig**, 2. März.

Die Messestadt Leipzig ist wieder gerüstet, die Frühjahrsmesse am ersten Sonntag im Monat März zu eröffnen. Er ist schon viele Male mit Bezug auf die Entwicklung der Werbetätigkeit für die Frühjahrsmesse darauf hingewiesen worden, daß diese Messe hinsichtlich ihrer Ausmaße, der Zahl der Aussteller und der Zahl der Besucher alle in den letzten Jahren erlebten Messen überragen wird. Diese Hinweise sind nun zur Wahrheit geworden. Zur Frühjahrsmesse haben sich 8076 Ausstellerfirmen gemeldet (7406 zur Frühjahrsmesse 1934), die 137 225 Rechnungsmeter Ausstellungsfläche belegt haben. Auf der Mustermesse allein sind 5612 Aussteller angemeldet. Die Zahl der Aussteller auf der großen technischen Messe ist von 1730 im Frühjahr 1934 auf 2057 in diesem Jahre gestiegen. 19 fremde Länder sind als Aussteller auf die Leipziger Frühjahrsmesse 1935 gekommen, an der Spitze Japan.

Die Zahl der durch die ehrenamtlichen Vertretungen und Geschäftsstellen des Leipziger Messeamtes im Auslande bis zum Messebeginn gemeldeten ausländischen Besucher wird etwa 20000 erreichen (die Endzahl bei der Frühjahrsmesse 1934 war 16 366). Besonders stark ist die Zunahme an Besuchern aus den Ländern, die die schweren wirtschaftlichen Krisenjahre überwunden haben und sich wieder langsam von den Folgen dieser Krise zu erholen vermögen. Auch Länder, mit denen Deutschland wieder neue Handelsabkommen geschlossen hat, wie Jugoslawien, Polen, Spanien usw., haben eine recht starke Zunahme zu verzeichnen. Im allgemeinen wirken sich die von der Reichsregierung geschlossenen Gegenseitigkeitsabkommen auch deutlich und erfolgreich auf die Beteiligung der betreffenden Länder an der Leipziger Frühjahrsmesse aus. Auch aus Uebersee sind wesentlich mehr Besucher gemeldet worden, als im vergangenen Jahr.

Wieder ein Doppelselbstmord aus dem Flugzeug.

DNB **Basel**, 2. März.

Freitag abend meldeten sich zwei Passagiere auf dem Flugplatz Basel zu einem Rundflug über die weitere Umgebung von Basel. Bei dem Rückflug sprangen die beiden Passagiere über dem Ort Lausen aus dem Flugzeug, ohne daß der Pilot sie daran hindern konnte. Die beiden Körper schlugen östlich der Ergolz auf dem Boden auf und wurden schrecklich verstümmelt. Es handelt sich um einen Lehrer aus Lausen und seine Begleiterin. Ueber die Gründe, welche zur Tat veranlaßten, fehlen noch jegliche Anhaltspunkte.